

*Original an
Frau Monheim*

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Bergisch Gladbach**

EINGEGANGEN

1-103
25. Juni 2002



SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 3 · D - 51465 Bergisch Gladbach

Frau Bürgermeisterin
Maria Theresia Opladen
Rathaus

51465 Bergisch Gladbach

Geschäftsstelle

Zimmer 2
Rathaus Bergisch Gladbach
Tel. / Fax (02202) 14 22 20

Datum

24. Juni 2002

Antrag für die Ratssitzung am 16.07.2002

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir bitten Sie, den nachstehend aufgeführten Antrag in die Tagesordnung der o. a. Sitzung aufzunehmen:

Der Rat möge beschließen:

1. Die Beratungsstelle der Verbraucherzentrale NRW in Bergisch Gladbach wird über den 31.12.2002 hinaus, mit einem Zuschuss von rund 60.000 € durch die Stadt Bergisch Gladbach gefördert.
2. Der zugesagte Beitrag der Gemeinde Kürten und der zu erwartende Beitrag der Stadt Rösrath werden auf den Zuschuss angerechnet.
3. Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, in Verhandlungen mit dem Kreis, von dort eine Bezuschussung aus Mitteln der Wirtschaftsförderung zu erreichen.
4. Weiter wird die Verwaltung beauftragt, in Abstimmung mit der Verbraucherberatung, eine kostengünstigere Unterbringung der Beratungsstelle, evtl. in Verbindung mit den Bürgerbüros oder anderen Servicestellen mit Publikumsverkehr (z.B. Verkehrsgesellschaft), zu prüfen.

Begründung:

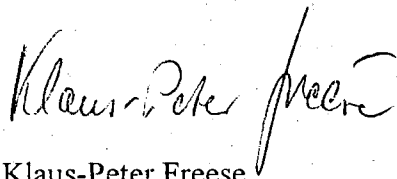
Seit nunmehr 15 Jahren steht die Verbraucherberatungsstelle den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Sie berät anbieterunabhängig, kompetent und bürgernah im Interesse der Verbraucher. Die Notwendigkeit einer leistungsfähigen Verbraucherberatung bedarf angesichts der ungleichen Marktmacht zwischen Verbrauchern und Anbietern von Waren und Dienstleistungen sicherlich keiner besonderen Begründung.

- 2 -

Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass in einer Großstadt ein Angebot der Verbraucherberatung zum unverzichtbaren Element der Daseinsvorsorge gehört. Dies zeigt sich auch an der Bezuschussung des Landes. NRW trägt 50 % der Kosten. Im übrigen erhält die Stadt, im Vergleich zu den übrigen Kommunen im Kreis, höhere Schlüsselzuweisungen um ihren Verpflichtungen als Mittelzentrum nachkommen zu können.

Gleichwohl muss alles getan werden, um die Kosten so niedrig wie möglich zu halten. Diesbezüglich sind daher alle Möglichkeiten zu prüfen.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus-Peter Freese
Fraktionsvorsitzender

gez. Peter Hoffstadt
jugend- u. sozialpolitischer Sprecher